

Hintergrundinformationen der

Mittelstandsinitiative Energie-Klartext

Der Mittelstand ist von der Energiepolitik und durch die aktuelle Energiekrise substanziell bedroht. Lange Zeit waren mittelständische Unternehmen gerne bereit, Vorgaben der Politik und gewisse Veränderungen des Energieversorgungssystems mitzutragen. Längst ist aber ein Punkt erreicht, an dem unübersehbar ist, dass die Belastungsgrenzen für immer mehr mittelständische Unternehmen überschritten werden. Der Weg in eine Strom-Mangelwirtschaft mit regelmäßigen Strom-Abschaltungen ist für Sie nicht länger tragbar. Die Stromkosten und die sonstigen Energiepreise sind untragbar geworden. Es höchste Zeit für eine grundlegende Korrektur der Energiepolitik, um die Wettbewerbsfähigkeit des Mittelstands und die Sicherung von Arbeitsplätzen und Wohlstand in Deutschland sicherzustellen.

Inhalt

1. Explodierende Energiepreise	2
2. Zwang zur Umstellung auf Strom.....	3
3. Regelmäßige Stromabschaltungen	5
4. Zunehmende Frequenzschwankungen	7
5. Fehlende Investitionssicherheit bei Anpassungen an die Energiewende	9
6. Anforderungen drohen zu unerfüllbaren Überforderungen zu werden	9
7. Das Blackout-Risiko nimmt deutlich zu	10
8. Fazit.....	11

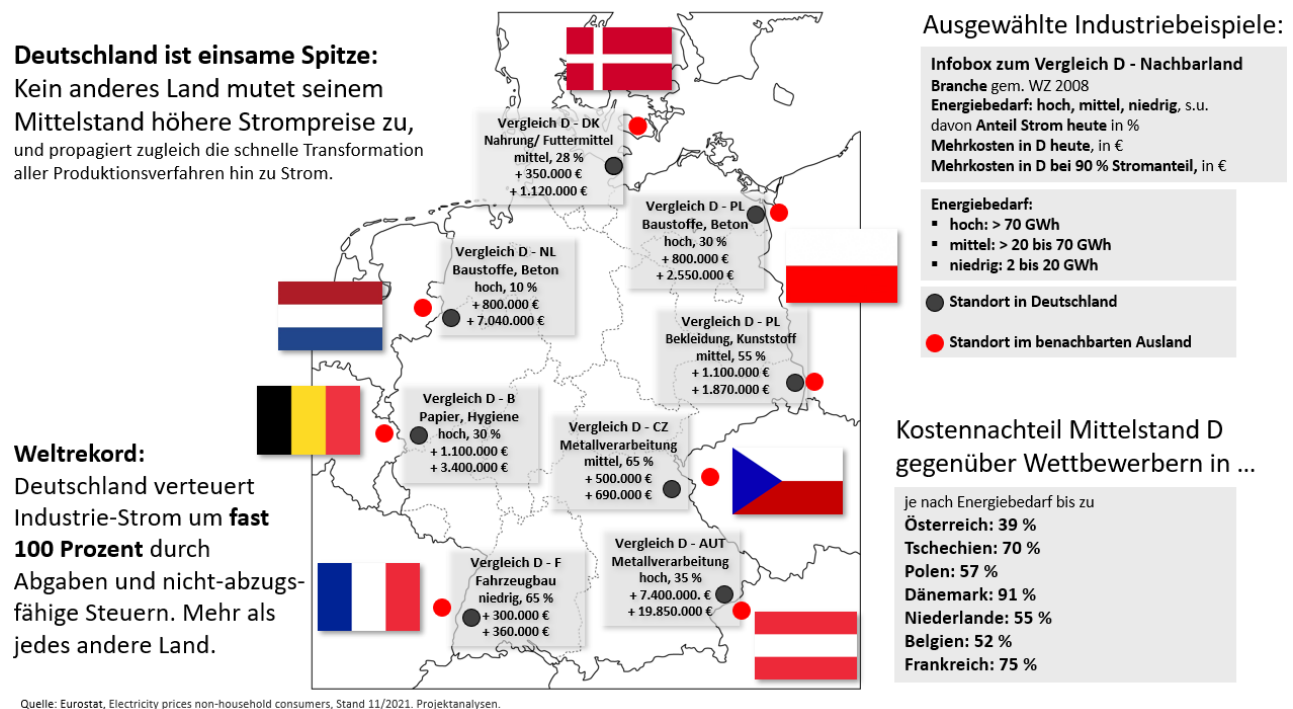
1. Explodierende Energiepreise

Energie verteuert sich enorm und wird für Industriebetriebe zum Kostentreiber, der für immer mehr Firmen das Potential hat, ihre Wettbewerbsfähigkeit zu gefährden.

Den Zahlen des Statistisches Amtes der Europäischen Union (Eurostat) zufolge hat Deutschland die höchsten Strompreise weltweit. Das gilt insbesondere auch für Mittelstand, Industrie und Gewerbe – auch unter Ansatz aller abzugsfähigen Steuern und Abgaben. Der Eindruck täuscht, dass der Mittelstand real stark entlastet würde, also die Höchstpreise letztlich gar nicht zahlen müsste.

Das sind riesige Kostennachteile gegenüber ausländischen Wettbewerbern. Wie sich anhand der Zahlen von Eurostat aufzeigen lässt, entstehen Kostennachteile bis weit in den 7-stelligen Euro-Bereich, je nach Branche.

Die folgende Abbildung zeigt exemplarisch die sehr viel höheren Energiekostenbelastungen deutscher Industriebetriebe im direkten Vergleich mit konkurrierenden Anbietern in unseren Nachbarstaaten.



Betrachtet man etwa eine in Nordrhein-Westfalen ansässige, mittelständische Baustofffirma für Spezialbeton im Vergleich zum Wettbewerber auf holländischer Seite, so führt der hohe Energiebedarf dieser Branche in Deutschland zu Mehrkosten in Höhe von

800.000 Euro. Die Energiekosten liegen somit heute schon um 55 % über denen des Wettbewerbers.

Die Tabelle in der Grafik rechts unten zeigt die prozentuellen Kostennachteile des deutschen Mittelstands gegenüber den Wettbewerbern im benachbarten Ausland.

Insgesamt zeigt sich: Deutschland verteuert den Industrie-Strom wie kein anderes Land. Betrachtet man die für den Mittelstand relevanten Verbrauchsmengen, dann entsteht durch nicht-abzugsfähige Steuern und Abgaben ein Aufschlag um bis zu 97 %. Demnach verdoppelt sich fast der tatsächlich von den Unternehmen zu zahlende Endpreis gegenüber dem Preis ohne Steuern und Abgaben. Solch hohe Aufschläge mutet kein anderes Land seiner mittelständischen Industrie zu.

Zum Vergleich: Belgien plus 38 %, Dänemark plus 11 % [Eurostat: Electricity prices for non-household consumers -bi-annual data. NRG PC 205. Datenabruf vom 09.02.2022, 17.46 Uhr].

2. Zwang zur Umstellung auf Strom

Doch damit nicht genug. Die deutsche Industrie soll im Zuge der Energiewende ihre Energieversorgung weitestgehend auf Strom umstellen, um den Einsatz von Kohle, Öl und Erdgas zu vermeiden.

Diese Elektrifizierung der deutschen Industrie wird aber die Schieflage zu den direkten Wettbewerbern weiter verschärfen. Denn während unsere Nachbarländer immer mehr auf preiswerten Grundlaststrom beispielsweise aus Kernkraftwerken zurückgreifen können und auch die Kohleverstromung zum Teil weitaus weniger kritisch gesehen wird, soll der deutsche Mittelstand volatilen Strom zu immer höheren Preisen beziehen.

Nimmt man die oben erwähnte Baustofffirma für Spezialbeton, so würde sich nach einer potenziellen Erhöhung des Strom-Anteils an der Energieversorgung von heute 10 % auf künftig 90 % der Kostennachteil gegenüber dem holländischen Wettbewerber von heute 800.000 Euro auf 7.040.000 Euro erhöhen – in heutigen Energiepreisen.

Wie sich die Schere bei den Strompreisen in Europa künftig eventuell noch weiter öffnen wird, wenn Deutschland nun auch noch in die teure Wasserstoffherzeugung durch Elektrolyseure einsteigen will, steht in den Sternen. Auch sind die Kosten für eventuelle „grüne“ Wasserstoff- bzw. Methanimporte aus heutiger Sicht kaum abschätzbar.

Wenn also die energieintensive mittelständische Industrie nun gezwungen werden sollte, auf Stromprozesse umzustellen, und die Strompreise immer mehr steigen, dann werden viele Betriebe dies wohl nicht überleben. Denn all das ist wirtschaftlich nicht mehr darstellbar.

Dies betrifft ohne Ausnahme die energieintensiven Branchen wie Papier und Karton, Glas, Glasfasern, Baustoffe (u.a. Zement, Kalk, Gips), Keramik, Nichteisen-Metalle (u.a. Aluminium, Kupfer, Zink etc.), Stahl, sowie Chemie (u.a. Grundchemikalien, Dämm- und Kunststoffe).

Aber dabei bleibt es nicht. Der Zwang zur Umstellung von Brennstoffen auf Strom und die damit einhergehende Preissteigerung betrifft auch Unternehmen außerhalb der Industrie massiv. So werden viele Gärtnereien, Hotels, Kfz-Betriebe und Bauernhöfe dieser Entwicklung nicht Stand halten können.

Manche Akteure wie beispielsweise der ehemalige Abteilungsleiter des Umweltbundesamts, Prof. Uwe Leprich, nehmen es achselzuckend in Kauf, dass „der Strukturwandel in der Industrie sich weiter zu-ungunsten der stromintensiven Industrie fortsetzen wird“,¹ was im Klartext heißt, dass diese bedeutenden Sektoren der Industrie aufgrund der Energiewende großteils aus Deutschland abwandern dürften.

Hinter vorgehaltener Hand ist aus der Industrie längst zu hören, dass die bestehenden Anlagen nun noch bis zur Abnutzungsgrenze weitergefahren werden (Zeithorizont vielfach ca. 2030), Neu-Investitionen würden aber längst überwiegend im Ausland geplant, sollte sich an der deutschen Energiepolitik nicht sehr schnell und substanziell etwas ändern.

Die Folgen eines Strukturwandels „zu-ungunsten der stromintensiven Industrie“ dürften sehr viel weitreichender sein als gedacht: Das Institut der Deutschen Wirtschaft ermittelte in einer Studie, dass ein Abwandern energieintensiver Unternehmen ganz erhebliche negative Auswirkungen auch auf die übrige Industrie haben würde, da die „Wertschöpfungsketten nicht mehr in ihrer bisherigen Struktur bestehen bleiben könnten“. Ein Abwandern der energieintensiven Industrie sei daher „ein Risiko für das Wohlstandsmodell Deutschlands“ insgesamt.²

Und für die Endverbraucher, für die privaten Haushalte, wird die politisch gewollte Verteuerung von Energie natürlich ebenfalls spürbar in hohen Endverbrauchspreisen, da sich der Kostenfaktor Energie durch die ganze Wertschöpfungskette hindurchzieht und beispielsweise auch das Transportgewerbe hart trifft.

Das macht die grobe Fahrlässigkeit der aktuellen Energiewende-Politik deutlich: Man kalkuliert eine teilweise Deindustrialisierung und massivste Wohlstandsverluste für das gesamte Land mit ein.

¹ Uwe Leprich: Stromlücke die Zweite? Zeitschrift für Neues Energierecht (ZNER). Ausgabe 5/2021. S. 443 ff.

² Institut der deutschen Wirtschaft Köln (Hrsg.): Die Zukunft der Industrie in Deutschland und Europa. Analysen Nr. 88. 2013. S 27 f. – Hanno Kempermann, Hubertus Bardt: Risiken der Energiewende für die Industrie. Energiewirtschaftliche Tagesfragen. 3/2014. S. 33-39.

3. Regelmäßige Stromabschaltungen

Die Verteuerung des Faktors Energie ist nicht alles. Mindestens so problematisch ist, dass die Umstellung auf wetterabhängige Wind- und Solaranlagen und die bis dato „geplante“ Stilllegung aller zuverlässigen Kraftwerke dazu führen müsste, dass bald schon regelmäßig der Strom abgeschaltet wird.

Längst ist klar, dass ein Weiter-so der Energiewende zu „rollierenden Blackouts“ führen muss: Wenn immer mehr Kraftwerke stillgelegt wurden und Wind- und Solaranlagen bei Windflaute bzw. nachts oder bei trübem Wetter nicht mehr genügend Strom erzeugen können, dann müssen die Netzbetreiber zeitweise ganzen Versorgungsgebieten planmäßig den Strom abstellen. Man spricht auch von „Brownouts“.

Im November 2021 sagte der Vorstandsvorsitzende des Energiekonzerns E.ON, Leonhard Birnbaum, dass das Stromnetz aufgrund des Zubaus erneuerbarer Energien an seiner Belastungsgrenze angekommen sei. Vor diesem Hintergrund warnte er vor der planmäßigen Abschaltung des Stroms in ganzen Städten.³

In der Industrie sind Strom-Abschaltungen längst schon Realität. 2018 gab es mehr als 78 Strom-Abschaltungen alleine nur der Aluminiumhütten. In einer Umfrage der Glasindustrie berichteten 4 von 15 Unternehmen von mehr als zehn Produktionsbeeinträchtigungen in 2018 nach Unterbrechungen der Stromversorgung oder Frequenzschwankungen im Netz. Die wirtschaftlichen Schäden gingen in die Hunderttausende.

Bei solchen Stromabschaltungen mit sehr kurzfristiger Ansage fällt die Produktion oft schlagartig und ungeplant vollständig aus. Nach Branchenangaben sind die beträchtlichen Produktionsausfälle und Sachschäden kaum noch tragbar.⁴

Zwar bestehen Verträge, wonach die betroffenen Betriebe sich vertraglich mit solchen Strom-Abschaltungen einverstanden erklären. Zur Unterstützung der Energiewende und weil die Produktionsausfälle entschädigt werden, waren die entsprechenden Betriebe auch dazu bereit, freiwillig an diesem System teilzunehmen. Dabei war man aber ursprünglich davon ausgegangen, dass diese Stromabschaltungen eher nur selten eintreten würden.

Im orwellschen Neusprech heißen diese Strom-Abschaltungen „Demand-Side-Management“, weil die Strom-Nachfrage sich dem mit Sonne und Wind zunehmend sehr wechselhaften Strom-Angebot anzupassen hat. Die Rede ist daher auch von einer „angebotsorientierte Energiepolitik“, bei der der Strom eben nur noch dann fließt, wenn genügend erzeugt werden kann.

Die gesicherte Leistung der Windenergie liegt aber lediglich bei 1 Prozent der installierten Leistung. Die gesicherte Leistung der Solarenergie liegt bei null, weil mit Photovoltaik nachts regelmäßig keinerlei Strom erzeugt werden kann. Das führt in der Praxis dazu,

³ Handelsblatt: „Das Netz ist an der Leistungsgrenze“. Eon-Chef schlägt Alarm. 23.11.2021.

⁴ Frankfurter Allgemeine Zeitung: Der Tag, an dem Strom knapp wurde. Von Andreas Mihm. Aktualisiert am 12. Januar 2019.

dass bei einer installierten Leistung von Wind- und Solaranlagen von mehr als 110 Gigawatt (GW), diese sehr regelmäßig nur sehr wenig Strom produzieren.

Am 10. Januar 2022 beispielsweise lag die Stromeinspeisung der Wind- und Solaranlagen zeitweise bei unter 3 GW. Der Strombedarf Deutschlands liegt aber in der Spitze bei rund 85 GW. Und wenn der Verkehr, der Wärmebereich und noch die gesamte Industrie elektrifiziert werden sollen, dann kann der Leistungsbedarf sehr schnell auf 120 GW, 160 GW oder sogar auf über 200 GW steigen. Selbst wenn man die installierte Leistung der Wind- und Solaranlagen verdrei- oder auch verzehnfachen würde, könnten diese niemals auch nur im Ansatz diese Leistung zuverlässig liefern. Die versprochenen Langzeitspeicher gibt es nicht.

Deswegen muss es immer häufiger zu Stromabschaltungen kommen: In Industrie und Gewerbe und bei den Privathaushalten.

Die Nachfrage muss sich in dieser Vorstellungswelt also einer immer unzuverlässigeren, extrem schwankenden Stromversorgung anpassen. Strommangel wird Teil des Systems.⁵

Die Teilnahme des Mittelstands ist bislang zwar noch freiwillig, aber bereits „sehr erwünscht“. Eigens dazu wurden die auktionfähigen Mindestmengen stark gesenkt (Regelenergie 1 MW; abschaltbare Last 5 MW). Der Mittelstand soll energieflexibel werden. Auf den ersten Blick sind die Ideen eingängig, die Angebote verlockend: Es heißt, man könne „Stromkosten sparen“ durch zeit-abhängige Tarife und „Geld verdienen“ durch Teilnahme an Auktionen für „Regelenergie“ (zur Netzstabilisierung) und „abschaltbare Lasten“.

Den Mittelstand trifft das allerdings mit zunehmender Härte. Verlockende Angebote zu Energieflexibilität und Auktionen können schnell in Druck umschlagen bis hin zu einem rigoros durchgesetzten Teilnahmepflicht. Aus freiwilligen Vereinbarungen wird dann faktischer Zwang, Strom-Abschaltungen zu akzeptieren.

Ob die Anlagen und Prozesse eines mittelständischen Betriebs für diese Flexibilisierung tatsächlich geeignet und eingerichtet sind (nicht-zeitkritische Anlagen, wärme-„träge“ Prozesse etc.), darauf wird man nicht lange Rücksicht nehmen. Zu „Wunschzeiten“ wird es nicht immer (bezahlbare) Stromangebote geben.

Und waren bislang nur industrielle Großverbraucher betroffen (Glas, Chemie, Zement, Aluminium), werden künftig immer mehr auch mittlere und kleinere Betriebe von den Strom-Abschaltungen betroffen sein.

Energieflexible Fertigung bedeutet zwingend auch die Ausweitung von Schicht-, Nacht- und Wochenendarbeit sowie kurzfristigen Arbeitsausfall, z.B. bei Prognosefehlern, wenn also Wind- und Solaranlagen anders als erwartet während einer Schicht doch nicht genügend Strom erzeugen. Soll dieser Mangel nicht existenzbedrohend werden, dann zwingt

⁵ Henrik Paulitz: StromMangelWirtschaft – Warum eine Korrektur der Energiewende nötig ist. Akademie Bergstraße. 2020. <https://www.akademie-bergstrasse.de/sh/strom-mangelwirtschaft>.

er zu betrieblicher und personeller Flexibilität. Es ist fraglich, ob den Mitarbeitern, dem Betriebsrat und den Gewerkschaften diese Probleme tatsächlich bewusst sind?

Strom wird also knapp für die Industrie. Sie wird Teil der Mangelverwaltung mit Abschaltungen und Lockdowns. Unternehmer, die solche Erfahrungen bereits machen, bezeichnen sich selbst in diesen Situationen als „Erfüllungsgehilfe“ und „Hausmeister in der eigenen Firma“.

Es ist dieser Gesellschaft, dieser Volkswirtschaft, dem Mittelstand nicht zumutbar, dass es aufgrund der Energiewende zu einer „Strom-Triage“ kommt: Industrie – Verwaltung – Privathaushalte – wer bekommt künftig den knappen Strom? Wer bekommt das knappe Gas? Und wer entscheidet darüber?

4. Zunehmende Frequenzschwankungen

Im europäischen Verbundsystem (Hoch- und Höchstspannungsleitungen) muss die Frequenz stets bei 50 Hertz liegen. Das gelingt nur, wenn Strom-Angebot und -Nachfrage stets im Gleichgewicht sind. Sinkt die Erzeugung beispielsweise durch Wolkendecken, bei (Hoch-)Nebel, bei Einbruch der Dunkelheit oder bei nachlassendem Wind plötzlich ab, dann muss auch die Nachfrage entsprechend schnell zurückgefahren werden, falls nicht genügend „Regelstrom“ verfügbar ist, um die Frequenz stabil zu halten.

Mit der Energiewende hängt die Netzstabilität mehr und mehr von möglichst präzisen Wetterprognosen ab, damit die Netzbetreiber noch rechtzeitig Regelenergie bzw. abschaltbare Lasten aktivieren können. Der bedingungslose Vorrang und die zunehmende Zahl an Windparks und Solaranlagen bringen mit ihrer volatilen, also sehr unbeständigen Stromerzeugung aber immer mehr Unwuchten und Prognose-Unsicherheiten in das frequenzsensible deutsche und europäische Stromnetz.

Durch die Volatilität der Stromerzeugung in Verbindung mit zwangsläufig auftretenden Prognosefehlern kommt es heute schon zu gefährlichen Frequenzschwankungen.

In der Industrie wird die Problematik von Frequenzschwankungen kritisch diskutiert, obwohl die Energieflexibilität noch in den Kinderschuhen steckt. Für die mittelständische Industrie ergeben sich zwei Probleme:

Zum einen sollen „energie-flexible Mittelstandsbetriebe“ künftig durch die Einbindung in das Demand-Side-Management helfen, Frequenzschwankungen im Stromnetz beherrschbar zu halten, indem sie bei Bedarf Maschinen abschalten.

Zum anderen schalten sich frequenzempfindliche Maschinen automatisch ab, wenn die Frequenz nicht mehr stabil ist. In komplexen Produktionsprozessen kann die Selbstabschaltung einer Maschine, ganz ohne Veranlassung des Übertragungsnetzbetreibers, zu einem längeren Produktionsausfall führen.

High-Tech-Maschinen wie zum Beispiel in der Papierindustrie brauchen ununterbrochen Strom. Schon geringste Schwankungen der Netzfrequenz können bei bestimmten Maschinen innerhalb einer Millisekunde zu schwerwiegenden Problemen führen: das Prozessleitsystem fährt die Maschine sofort herunter, die Maschine stoppt und das Papier kann reißen. Selbst wenn es nicht zu einem größeren Schaden kommt, kann es bis zu zwei Stunden dauern, bis eine solche Maschine wieder komplett am Laufen ist. Das Resultat sind teure Produktionsausfälle.

In der ebenfalls stromintensiven Glasindustrie berichten vier von 15 Unternehmen von mehr als zehn Produktionsbeeinträchtigungen in 2018. Auch für die Anlagen in der Chemieindustrie und im Maschinenbau ist ein stabiles Stromnetz von allergrößter Bedeutung.

In Aluminiumwalzwerken ist zu befürchten, dass Ausfälle zu schweren Schäden an den Maschinen führen (z.B. Alunorf in Neuss).⁶

Für die Industrie wird die Energiewende immer mehr zu einer Zumutung. Nachfolgend einige O-Töne:



⁶ Deutschlandfunk: Versorgungssicherheit - Firmen fürchten die Energiewende. Von Moritz Küpper. 24.04.2019.

5. Fehlende Investitionssicherheit bei Anpassungen an die Energiewende

Der Krieg in der Ukraine führte uns drastisch vor Augen, wie schnell Planungen für bestimmte Energieträger und Energiequellen überholt sein können. Schon in den vergangenen Jahren war die Unsicherheit enorm groß, welche Investitionen sich für die Betriebe mittel- und langfristig wirklich lohnen.

Aufgrund der Vorgaben durch die Energiewende-Politik planen viele Betriebe mit Hochdruck die Umstellung ihrer Fertigungsverfahren auf Strom oder Wasserstoff. Diese „Transformation“, verbunden mit erheblichen Investitionen, wird aber zum Bumerang, wenn „grüner“ Strom und Wasserstoff Mangelware sind.

Und danach sieht es aus, denn der Staat hält seine Versprechen nicht. Die Stromversorgung wird immer unsicherer. Woher „grüner“ Wasserstoff in den erforderlichen, riesigen Mengen, zeitnah und bezahlbar kommen soll, steht in den Sternen.

Niemals zuvor war es für die Betriebe in der Bundesrepublik Deutschland so ungewiss, auf welche Energiebasis sie sich wirklich stützen können.

Die Wettbewerber im benachbarten europäischen Ausland haben es in dieser Hinsicht leichter: Zwar soll es auch dort verstärkt „grünen Strom“ geben, doch unterm Strich verlässt man sich dann doch primär auf Wasserkraft, Kohle- und Atomstrom.

Die mittelständische Industrie in Deutschland ist also in unmittelbarer Nachbarschaft mit Wettbewerbern konfrontiert, die sich auf eine vergleichsweise versorgungssichere und preiswerte Energieversorgung stützen können.

6. Anforderungen drohen zu unerfüllbaren Überforderungen zu werden

In der Öffentlichkeit wird vielfach das Bild vermittelt, der Mittelstand, die Industrie wolle die Energiewende nicht unterstützen. Dies ist unzutreffend. Die Bereitschaft, ein umweltfreundliches Energieversorgungssystem zu unterstützen, war und ist prinzipiell hoch. Viele mittelständische Betriebe sind längst aktiver Teil der Energiewende. „Flexibilität“ haben sie in den letzten Jahren längst bewiesen, allerdings sind klar definierte Grenzen erforderlich.

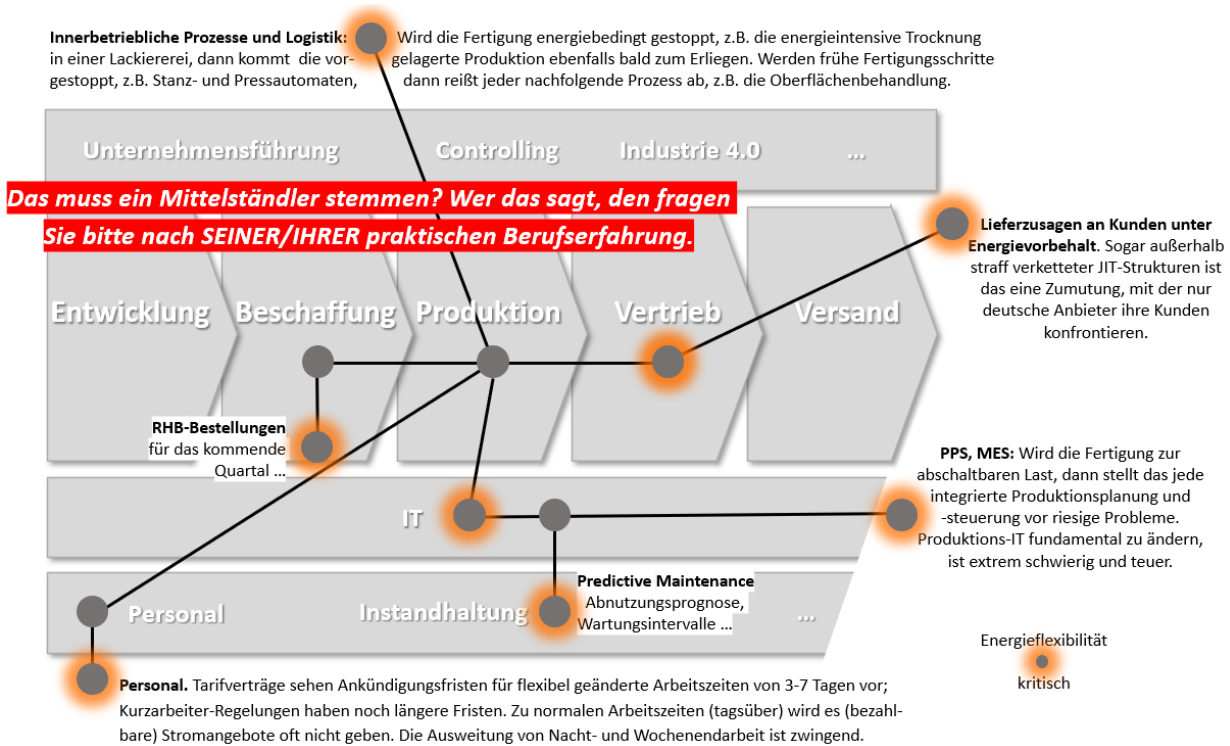
Die sich jetzt abzeichnenden regelmäßigen Stromunterbrechungen und Verteuerungen der Energieversorgung sind definitiv nicht mehr verkraftbar.

Es ist nicht eine Frage des Wollens. Es ist schlichtweg nicht mehr darstellbar, was immer größeren Teilen des Mittelstands inzwischen abverlangt wird.

Die meisten Mittelständler haben bei weitem nicht die Freiheitsgrade, die ihnen strikte Energieflexibilität abverlangt; weder intern, z.B. im Personaleinsatz, oder im

Produktionsablauf, noch extern in ihren Liefer- und Absatzbeziehungen. Insofern ist die wetter-abhängige Flexibilisierung des industriellen Mittelstands eine gefährliche Illusion.

Der breiten Öffentlichkeit in Deutschland ist bislang noch nicht wirklich bewusst, dass die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie inzwischen substanziell gefährdet ist.



7. Das Blackout-Risiko nimmt deutlich zu

Auch wenn die Stromversorgung noch immer sehr zuverlässig erscheint, ist die Stromversorgung als Lebensader unserer Volkswirtschaft doch zunehmend bedroht. Im äußersten Fall kann es zum unbeabsichtigten Blackout kommen, also dem großflächigen und langandauernden Zusammenbruch der Stromversorgung in Deutschland bzw. in Europa.

Je mehr gesicherte Kraftwerksleistung in den kommenden Monaten und Jahren im Zuge der Energiewende vom Netz geht, desto geringer werden die Möglichkeiten zur „Krisenintervention“ der Netzbetreiber.

Die Gefahr eines totalen Stromausfalls in Teilen oder in ganz Europa erhöht sich daher beständig. Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) hat die Wahrscheinlichkeit, dass in Deutschland eine durch einen Stromausfall verursachte Katastrophe eintritt, höher als jede andere Gefahr bewertet.

Die Folgen wären der Behörde zufolge dramatisch: „Ab drei Tage aufwärts würden wir heute einschätzen, dass das zu katastrophalen Zuständen führen würde.“⁷ Ein Blackout wäre ein katastrophales Ereignis von nationaler Tragweite.

Das wachsende Risiko eines Blackouts gefährdet den Standort Europa im internationalen Wettbewerb.

8. Fazit

Es ist inzwischen offenkundig, dass die Energiepolitik den Mittelstand, die Industrie und somit den Wohlstand Deutschlands gefährdet.

Weder die explodierenden Energiepreise noch die Gefährdung der Versorgungssicherheit sind hinnehmbar.

Die Energieversorgung Deutschlands muss wieder auf eine langfristig stabile Grundlage gestellt werden. Eine preiswerte, umweltfreundliche und zuverlässige Energieversorgung ist die wesentliche Stütze einer Industriegesellschaft.

Die Mittelstandsinitiative kann dazu einen Beitrag leisten, indem sie ihrerseits den Blick auf die Belange einer der tragenden Säulen der Industriegesellschaft richtet.

„Mittelstandsgipfel“ sind ein wesentliches Instrument dieser Initiative, um im Dialog mit der Politik auf eine rationale Energiepolitik hinzuwirken.

Ihre Ansprechpartner:

Dr. Rainer Vinkemeier

Tel. 0611-341557-80

E-Mail: r.vinkemeier@c21-consulting.de

Henrik Paulitz

Tel. 06257-505-1707

E-Mail: paulitz@akademie-bergstrasse.de

⁷ Focus: Energieversorgung gefährdet. Zwei Mal stand Deutschland vor Total-Blackout. Warum unser Stromnetz Schluckauf hat. Von Oliver Stock. 15.11.2021.